

**Aus der Geschichte
der Arbeiterbewegung
Der 1. Mai 1890**

Seite -2-

**Ein LINKER Pro-
grammentwurf
braucht den Wider-
spruch!** Seite -4-

**Gesundheit ist keine Ware
oder „Ein Krankenhaus
ist keine Würstchen-
bude“** Seite -7-

Linkes Blatt **DIE LINKE.**

7. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

13. April 2010

»Unser Marsch ist eine gute Sache...«

Vor 50 Jahren fand der erste deutsche Ostermarsch zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne in der Lüneburger Heide statt. Erinnerungen eines Teilnehmers, der seit 1961 dabei war.

Aus den dreitägigen Ostermärschen gegen Atomrüstung seit 1960 entwickelte sich 1963 die ständige »Kampagne für Abrüstung« und 1968 die gesellschaftskritische »Kampagne für Demokratie und Abrüstung«. Die Zahl der Teilnehmer an den Märschen und Kundgebungen stieg in diesem Zeitraum von 1000 auf rund 300000. Nach Verabschiedung der Notstandsgesetze, dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei (1968) und der Bildung der Koalition von SPD und FDP (1969) stagnierte die Friedensbewegung, 1970 fanden keine Ostermärsche statt. Mit dem Protest gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Zentraleuropa erlebte die Bewegung ab 1982 einen neuen Aufschwung. Seit 1980 fanden Demonstrationen u. a. vor der Baustelle für die größte US-Kasernenanlage Norddeutschlands in der Garlstedter Heide zwischen Bremen und Bremerhaven statt.

Unser Marsch ist eine gute Sache/ weil er für eine gute Sache steht. Wir marschieren nicht aus Haß und Rache, wir erobern kein fremdes

Gebiet ...« Mit diesen Liedzeilen (Text und Musik: Hannes Stütz) begannen und endeten viele Ostermärsche der Atomwaffengegner. Eine relativ einfache Sprache und eine einfache Logik. Wir sind die Guten, das war das Lebensgefühl der Ostermarschierer - und das ist es wahrscheinlich bis heute. Politischer hat das dann der Schriftsteller Christian Geißler auf den Punkt gebracht: »Wer nicht aufpaßt, der wird betrogen. Wer nicht genau nachdenkt, der landet im Dreck. Wer den alten Machthabern die Macht läßt, bleibt ohnmächtig.«

Bewegungen bauen oft auf Vorangegangem auf. Der Vorläufer der Ostermärsche war die Antiatomwaffenbewegung in Großbritannien, die Campaign for Nuclear Disarmament (CND). Sie stiftete auch das Friedenssymbol aus den übereinander platzierten Buchstaben N(uclear) und D(isarmament) des internationalen Winkeralphabets. Die Märsche nach Aldermaston, dem britischen Forschungszentrum für Atomwaffen, mobilisierten seit 1958

die Menschen. In der Bundesrepublik waren in den 50er Jahren vor allem zwei Massenmobilisierungen vorangegangen, die sogenannte Ohne-mich-Bewegung gegen die Wiederbewaffnung und die vor allem von der SPD vorangetriebene Kampagne »Kampf dem Atomtod!«, die Hunderttausende auf die Straßen und Plätze gebracht hatte.

Fortsetzung auf Seite -2-



»Unser Marsch ist eine gute Sache...«

Fortsetzung von Seite -1-

Nach dem außenpolitischen Kursschwenk der SPD, ihrem Ja zur Wiederbewaffnung, dem Ja zur NATO und der Absage an die Neutralität Deutschlands war dann auch Schluß mit ihren außerparlamentarischen Protesten.

Die deutschen Ostermärsche wären ohne so konsequente Pazifisten wie Hans Konrad Tempel und Helga Stolle, Andreas Buro und Klaus Vack sowie illegal arbeitender Kommunisten wie Frank Werkmeister, Ulli Sander oder Gunnar Matthiessen nicht zustandengekommen.

Seit 1961 gehörte ich dazu. Der Ostermarsch damals von Bergen-Hohne, dort waren US-Atomraketen stationiert, nach Hamburg war mein erster. Bereits diese erste Teilnahme hatte ihren Preis - meinen Ausschluß aus der SPD. Im August 1961 flog ich bei den Falken raus, Begründung: Aufruf zum und Teilnahme am Ostermarsch. Strafverschärfend kam die SPD-Feststellung hinzu, daß ich Brecht und Marx lese und Kommunisten kenne. Während des Kalten Krieges war vieles möglich. Ich will nicht undankbar sein. So früh aus der SPD ausgeschlossen worden zu sein, hat unterm Strich zu einer linken Selbstfindung beigetragen.

Vielleicht ist diese Biographie für meine Generation nicht ganz typisch, aber die Ostermärsche haben Tausende in die politischen Bewegungen gebracht. Wo andere sich erinnern an Familienfeste und Ostereiersuchen, steht für viele Kinder der Linken der jährliche Marsch. Und das nun schon fast 50 Jahre!

Wolfgang Gehrke

Siehe auch: <http://www.jungewelt.de/2010/04-03/004.php>

Schulreformkonzept

der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt
Schritte der Umsetzung

Der Ortsverband „Clara Zetkin“ der Partei DIE LINKE lädt Sie herzlich ein, mit **Jutta Fiedler**, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt und Mitglied im Bildungskonvent, ins Gespräch zu kommen.

Die Moderation übernimmt René Trömel, Stadtrat und Mitglied im Bildungsausschuss der Stadt Halle (Saale).

Wann? Donnerstag, 15. April 2010,
15.00 - 17.00 Uhr

Wo? Begegnungsstätte „Zur Fähre“,
Böllberger Weg 150
(Straßenbahnhaltestelle Diesterwegstraße)

Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vor 120 Jahren wurde die erste große Massenversammlung zum 1. Mai vorbereitet. Die Bischofswiese wurde wie die Jahre zuvor als Versammlungsort ausgewählt. Dort traf sich die revolutionäre Sozialdemokratie im Verborgenen, um ihre Absprachen zu treffen. Von 1878 bis 1890 sollte das von Bismarck erlassene Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie alle Bestrebungen nach sozialen Rechten und Freiheiten unterbinden.

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde das Meeting zum 1. Mai 1890 ein voller Erfolg. 600 Teilnehmer brachten den Mut auf und waren herbeigeströmt. Neben der Forderung nach sozialen Verbesserungen wurde auch der Sieg über die kaiserliche Reaktion gefeiert und die internationale Solidarität bekräftigt. In den nächsten Jahren stieg die Zahl bis auf Zehntausend. Ab 1894 wurde die Bischofswiese als Versammlungsort nicht mehr genehmigt, jedoch blieb sie als traditioneller Versammlungsort im Bewusstsein der Arbeiterschaft im Gedächtnis.

Heute befinden wir uns in direkter Traditionslinie mit den mutigen Kämpfern von damals. „Für ein Leben in sozialer Sicherheit“ dafür steht DIE LINKE, nachzulesen in der Präambel des 1. Entwurf zu unserem Parteiprogramm.

Zur Erinnerung an diesen Höhepunkt der halleschen Arbeiterbewegung möchten wir, der Arbeitskreis Gedenktage und Gedenkstätten, zu einer Gedächtniswanderung auf die Bischofswiese aufrufen.

Wir treffen uns am 29. April um 14.30 Uhr vor dem Waldkater.
hajo

Das Kreuz mit der Dummheit

Solange es die Menschheit gibt, wird es wohl die Dummheit geben! Und kein Mensch bleibt von ihr verschont, selbst der Weiseste unter den Weisen nicht. Irgendeine, eher mehrere Dummheiten, wird vermutlich jeder begehen. Mit dem Erlangen von Klugheit haben sich schon viele Wissenschaftlergenerationen, mit der Dummheit dagegen hat sich kaum jemand ernsthaft beschäftigt. Warum auch? Es gab immer Dummheiten, von denen einige wenige Menschen profitiert haben und am häufigsten die Wohlhabenden unter ihnen. Aber die meisten Menschen haben unter ihnen gelitten, viele sogar fürchterlich. Letzteres wäre wohl auch das beste Motiv, sich wissenschaftlich mit der Vermeidung von Dummheiten, die den Menschen zeitweiligen bzw. bleibenden geistigen und materiellen Schaden zufügen können, zu beschäftigen. Mit den Vorteilen der Langsamkeit hat man sich ja auch schon oft und vielleicht sogar hinreichend beschäftigt; manchem kam das vielleicht kurios vor. Gleichzeitig muss man aber feststellen, dass unser Leben immer - trotz vieler guter Ratschläge, wahrscheinlich wieder nur von „Rufern in der Wüste“ - schneller abläuft und weiter schnell abzulaufen droht, so dass selbst für das Gründen einer Familie und das Kinderzeugen kaum Zeit vorhanden zu sein scheint.

Albert Einstein meinte einmal geistreich: „Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit, aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ Aber wie man sie ausmerzen kann, die Dummheit, vor allem die schadenbringende, hat er auch nicht sagen können. Vielleicht ging er ja davon aus, dass zunehmend

geistheischende Vernunft sie eines Tages besiegen könne. Ich hätte da meine Zweifel. Oft hört man heute sagen, viel Dummheit gehe von der Politik und ihren Trägern aus. Das muss ja auch so sein, wie sollte man sonst auf der Wirtschaftsseite (einschließlich Rüstungswirtschaft) ordentlich Profit machen können? Wie sollte man sonst von „umgangssprachlichen Kriegen“ reden können? Vernunft, erst recht nicht Vernunft im Sinne der Schaffung einer solidarischen Weltgemeinschaft wäre da wohl fehl am Platze! Wenn nicht, dann könnten wir mit Sicherheit davon ausgehen, dass die Afghanistan-Politik anders aussehen würde.

Wenn es schon kaum jemanden gibt, der bereit wäre, sich wissen-

schaftlich mit dem Phänomen der Dummheit auseinander zu setzen, so sei doch wenigstens ein angemessener Umgang mit der Dummheit angeraten. Wie ist das zu verstehen? Ganz einfach. Jeder sollte dazu neigen, zuzugeben, dass er auch dumm ist und fixer und unumwunden zugeben, dass er eine Dummheit begangen hat. Als Kronzeugen für diese schlichten Konsequenzen möchte ich Johann Wolfgang Goethe bemühen: „Wer sich zu seiner eigenen Beschränktheit bekennt, ist der Vollkommenheit am nächsten.“ Na bitte, was will man mehr? Und vielleicht wird der erste von mir oben geschriebene Satz doch noch eines Tages widerlegt. Lothar Waide, Basisgruppe Heide-Nord

Abschaffen des Numerus Clausus gelingt nur über Kapazitätserweiterung und bessere Finanzausstattung

Zum Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Rösler (FDP), den Numerus Clausus für das Medizinstudium abzuschaffen, erklärt Hendrik Lange, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion:

„Der Numerus Clausus (NC) für das Medizinstudium ist in erster Linie eine Reaktion auf den Studienplatzmangel an den Medizinischen Fakultäten. Die Diskussion um die Abschaffung des NC ist daher auch gleichzeitig eine Diskussion um Kapazitätserweiterungen in der Ärzteausbildung, wenn sich die Studienbedingungen nicht verschlechtern sollen. Da die Nachfrage nach einem Medizinstudium ungebrochen ist, haben wir in Deutschland ein hausgemachtes Angebotsproblem. Angesichts der angespannten Haushalte in den Bundesländern ist hier im Zuge einer gesamtstaatlichen Aufgabe auch der Bund bei der Mitfinanzierung gefragt. Fraglich bleibt jedoch, ob allein mit einer Erhöhung der Studierendenzahlen der ungleichen Verteilung von Medizinern zwischen Stadt und Land begegnet werden kann. Dem Mangel an Hausärzten in ländlichen Regionen muss im Studium vielmehr dadurch begegnet werden, dass Studieninhalte durch entsprechende Lehrstühle vertreten und durch Forschung auf dem aktuellsten Stand gehalten werden. Quotenregelungen oder Verpflichtungen erinnern zu sehr an das abzulehnende System der Studienlenkung. Vielmehr bedarf es einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen der „Landärzte“ und Allgemeinmediziner, um diese Form des Arztberufes attraktiver zu gestalten.“

Ein LINKER Programmentwurf braucht den Widerspruch!

Birke Bull, Mitglied der Programmkommission

Das ist eine Binsenweisheit. Jede Debatte lebt vom Widerspruch. Der vorliegende Programmentwurf offenbart viele Gemeinsamkeiten, kluge Analysen, treffende Sätze. Ebenso eröffnet er grundsätzliche Differenzen. Und das ist gut so, denn **Klarheit in der Differenz ist sehr viel demokratischer, transparenter und belebender. Formelkompromisse** machen die Unterschiede unproduktiv und verstellen den notwendigen Blick darauf. Eine konstruktive Debatte zu grundsätzlichen darüber ist immer auch Quelle von Entwicklung und geistigem Reichtum. Einige meiner Widersprüche sind folgende:

1. In der Analyse der Gegenwart kommt eine ausgewogene differenzierte Sicht auf die die kapitalistische Gegenwart zu kurz.

Ich verkenne nicht, dass die Dominanz des Kapitals in immer mehr Bereichen des gesellschaftlichen und privaten Lebens für viele - für viel zu viele - Menschen Armut, Ausgrenzung und Ausweglosigkeit bedeuten. Weitert man den Blick auf das globale Geschehen, spitzt sich diese Perspektive weiter zu. Ich verkenne jedoch auch nicht, welche Integrationspotenziale dieser Kapitalismus nach wie vor (noch) besitzt. Keineswegs nur für jene Teile der Oberschicht, die in ihrer Maßlosigkeit gesellschaftliche und soziale Ressourcen verhökern, ist individuelle Realität, was mitunter als das gute Leben bezeichnet wird: ein vernünftiges Einkommen, interessante Lebensperspektiven, Teilhabe an demokratischen Pro-

zessen. Auch wenn ich der Meinung bin, dass unsere Motivation vor allem darin liegen sollten, die Lebenssituation von Menschen in den Blick zu nehmen, die in sehr schwierigen Lebenslagen ihr Dasein fristen müssen.

Mein Anliegen ist es trotzdem: ein Bild von einer kapitalistischen Gesellschaft zu zeichnen, das ausgewogen und differenziert gleichermaßen die Risiken und die Chancen ihrer Potenziale in den Blick nimmt, Widersprüchlichkeiten aufzeigt **und dabei auf Schwarzweiß-Malerei und vereinfachende Weltbilder verzichtet.**

2. Auch demokratischer Sozialismus braucht den starken unternehmerischen Sektor.

Das dahinter liegende **Konzept von Eigentum** mit den darin liegenden Konsequenzen für ein entsprechendes Gesellschaftsmodell - z.B. die Verteilung von gesellschaftlichen Aufgaben zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft - halte ich für problematisch. Ich teile die grundlegende Kritik an der Kapitaldominanz in vielen gesellschaftlichen Feldern. Viele Bereiche sind in ihrem Bestand, in ihrem sozialen Funktionieren durch die alles dominierende Macht von Geld und Privatbesitz gefährdet. Die Alternative dafür sehe ich jedoch nicht darin, den unternehmerischen Sektor gänzlich in seinem Bestand bzw. de facto in seinem Funktionieren in Frage zu stellen. Privates Eigentum an Produktionsmitteln muss nach meinen politischen Vorstellungen in seinen Potenzialen nutzbar gemacht werden, um Lebensqualität

von Menschen zu verbessern, um Innovation und Entwicklung zu befördern. Ich verkenne nicht die enormen Risiken, die von einer ungebremsten Kapitallogik ausgehen. Alternativen liegen für mich aber - im Unterschied zum vorliegenden Entwurf - darin, Markt, Wettbewerb und Renditen wirksamen sozialen, ökologischen und demokratischen Regeln zu unterwerfen. Im vorgelegten Entwurf finden sich eine Vielzahl von Verboten und Restriktionen. Einige finden durchaus meine Zustimmung - so die starke betriebliche Mitbestimmung bei strategischen unternehmerischen Entscheidungen, die Forderung nach einem Mindestlohn und andere mehr. **In ihrer Gesamtheit jedoch, und vor allem verbunden mit dem Bekenntnis, Eigentum weitestgehend vergesellschaften/ verstaatlichen zu wollen, halte ich dieses Konzept für untauglich, um einen starken kontrollierten unternehmerischen Sektor zu entwickeln. Eine solche Wirtschaftsordnung halte ich für wenig geeignet, Entwicklung und Innovation voranzutreiben, um damit die Lebensqualität von Menschen zu verbessern und die Ressourcen zu erwirtschaften, die wir letztlich für eine umfassende Daseinsvorsorge nötig haben.**

Eine Erkenntnis des realen Sozialismus war es unter anderem, dass gerade zentralisiertes Eigentum (Staatseigentum) sehr hinderlich war, um ein Eigentümerbewusstsein zu entwickeln, was Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und

Effizienz im Umgang mit Ressourcen fördert. „Aus den sozialistischen Betrieben ist noch so manches rauszuholen“ - auf diesen - wie ich finde weisen - Nenner hat es der Volksmund damals gebracht.

3. Freiheitsrechte und soziale Rechte - Freiheit und Sozialismus - sind gleichwertig.

Und nicht nur das: Sie bedingen einander, und zwar wechselseitig. Ich habe als Mitglied der PDS Anfang der 90er Jahre ausreichend viel Zeit damit verbringen müssen, über das Scheitern des realen Sozialismus nachzudenken. Zu Fall gebracht hat ihn damals unter anderem die Abwesenheit institutionell verbrieft demokratischer Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit und weitere. Wahrscheinlich ist es in der Tat so, dass es die Abwesenheit ist, die einem Dinge besonders wertvoll erscheinen lässt.

Meine Lebenszeit im Kapitalismus hat mich gelehrt, dass zu einem menschenwürdigen Leben auch soziale Grundrechte gehören. Sie werden oft genug mit Füßen getreten. Ich kann verstehen, dass GenossInnen in den alten Bundesländern von ihrer Ausgangsperspektive betrachtet, einen beträchtlichen Abbau von Demokratie und Grundrechten beklagen - und zu Recht beklagen. Meine Ausgangsperspektive ist jedoch eine andere. Und gerade deshalb weiß ich die so genannte demokratische Basis in diesem Kapitalismus zu schätzen, auch wenn ich sie für deutlich zu kurz gekommen halte. Es ist ein Anfang. Ein wertzuschätzender Anfang.

Diese Gleichwertigkeit darf nirgendwo auch nur annähernd in den

Geruch kommen, einer der beiden Seiten mehr Gewicht als der anderen zuzubilligen. Für eine solche unmissverständliche Gleichwertigkeit gibt es in unserer Sprache das Wort „und“. Der vorliegende Entwurf enthält m.E. eine Reihe von heimlichen Botschaften, die Gefahr laufen, diese Eindeutigkeit in Frage zu stellen. Die programmatische Aussage einer modernen LINKEN muss lauten: Freiheit und Sozialismus!

4. Politik ist immer Umbau bei laufendem Betrieb, mit Risiken und Nebenwirkungen.

Ein gut hörbar einrastender Kippschalter ins gute Leben ist auch für uns nicht im Angebot. Anders ist die praktische Umsetzung unserer Visionen, und nur daran sind die Menschen interessiert, die uns ihre politische Aufmerksamkeit widmen, nicht zu haben. Auch unsere Visionen müssen sich letztlich in reale Politik überführen lassen (können), um dort auf eine Vielzahl von Widersprüchen zu treffen. Viel zu komplex sind politische Entscheidungen und demokratische Entscheidungsprozesse miteinander verwoben, als dass sie an allzu simple Ultimaten gemessen werden können. Das einzige, was letztlich messbar bleiben wird, ist das **Saldo an politischen Erfolgen und Misserfolgen in den jeweiligen komplexen Zusammenhängen**. Die so genannten Haltelinien im Programmentwurf können dieser Vielschichtigkeit nicht gerecht werden. Sie klingen freundlich überzeugend, jedoch nur auf den ersten Blick, und nur für jene, die sich dem realen politischen Geschehen nicht widmen oder widmen wollen.

Ist es Sozialabbau, einen Landesfamilienpass durch Preiserhöhung für die halbwegs gut ausgestatteten Familien für die Geringverdienenden zu finanzieren?

Ist es Sozialabbau, wenn ich die Kita-Gebühren für Höchstverdiener heraufsetze, um sie für Geringverdiener erträglicher zu gestalten?

Letztlich führen solche Fragen auch dazu, ob nicht jede reale Steuerreform auch Momente von Sozialabbau in sich tragen (müssen) - z.B. aus der Perspektive der nicht ganz schlecht verdienenden Mittelschicht. Wo wir sind, nicht wo wir sein möchten, ist der Ort an dem wir anfangen müssen.

Wie politische Entscheidungen beurteilt werden, das gehört in den demokratischen Diskurs der gesamten Partei. Aber die Entscheidung darüber, wie politische Konstellationen fortgesetzt werden sollen, die sollte den GenossInnen überlassen werden, die vor Ort organisiert sind. Leichter wird die Abwägung dadurch nicht.

Kann und soll sie auch nicht.

Die Form von Ultimaten - wie sie im Entwurf enthalten sind - verhindern lediglich politische Praxis, und verhindern damit kritische Begleitung von Regierungshandeln.

Die Debatten werden so immer wieder reduziert auf das OB, das WIE hingegen wird der differenzierten Kritik weitgehend entzogen.

Die damit gewollte Verlässlichkeit ist trügerisch. Der einzige Weg zu verlässlicher Politik ist Transparenz und diskursive Auseinandersetzung:

Ehrliche Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen, unter denen sie stattfindet.

Kommentar

Wer regiert eigentlich?



Michael Schlecht

„Wir müssen alles dafür tun, dass so etwas nie wieder geschieht“, so die Kanzlerin, als im Herbst 2008 die Finanzkrise ausbrach.

Die versprochene Regulierung ist jedoch kein Stück vorangekommen. Die Spekulanten im Casino tanzen auf den Tischen. Börsenzocker können wieder auf steigende oder fallende Kurse von Wertpapieren wetten. Der Staat will sogar den Giftmüll wieder fördern.

Ackermann klatscht sich vor Freude auf die Schenkel. Er bekommt wieder viel Geld. Zehn Millionen Euro für das Jahr 2009. Weil die

Deutsche Bank wieder kräftig Gewinne macht. Fünf Milliarden Euro nach Steuern.

Jetzt, kurz vor der NRW-Wahl, plant die Regierung eine billige Raubkopie der US-Bankenabgabe, einen Notfonds. Eine Milliarde Euro im Jahr soll das bringen. Neun Milliarden Euro wären möglich, würde man sie nach dem Vorbild Obamas ausrichten. Vor Wochen hat DIE LINKE das im Parlament schon gefordert. Kommentar der Koalition: „Hetzreden von Herrn Gysi gegen die Finanzindustrie!“

Die Bankenabgabe soll nicht für die gegenwärtige Krise verwandt werden, sondern für zukünftige.

Jetzt sollen wir alles allein bezahlen. Es droht ein massiver Sozialabbau. Die Kosten der Bankenrettung betragen bislang fast 200 Milliarden Euro.

Mit dem Notfonds wird deutlich:

Die Regierung geht von weiteren Krisen aus. Weil nichts reguliert wurde. Ackermann & Co haben alles verhindert. Krisenverhinderung wird es erst geben, wenn die Macht der Banken gebrochen wird.

Alleine deshalb fordert DIE LINKE die Überführung der Banken in öffentliche Hand.

Es muss Schluss damit sein, dass ein Ackermann der eigentliche Herrscher im Kanzleramt ist.

Michael Schlecht, Chefvolkswirt Bundestagsfraktion

www.michael-schlecht-mdb.de

Aufrüstung wird Situation für Bundeswehr in Afghanistan nicht sicherer machen

Zur Debatte um die Aufrüstung der Bundeswehr in Afghanistan erklärt Christine Buchholz, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE:

Eine Aufrüstung der Bundeswehr durch Kampfpanzer, Kampfhubschrauber und weiteres Kriegsgeschütz wird die Situation für die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan nicht sicherer, sondern gefährlicher machen. Der künftige Wehrbeauftragte Königshaus (FDP) und der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Arnold, wollen mit ihrer Forderung nach Aufrüstung den Krieg verschärfen. Wenn Kampfhubschrauber und Kampfpanzer zum Einsatz kommen, wird es mehr Tote unter den Afghanen geben. Dies wird zu mehr und heftigeren Angriffen auf die deutschen Soldaten führen. Die Bundesregierung wiederholt alte Fehler der sowjetischen Besatzung, wenn sie meint, durch militärische Übermacht den Widerstand in Afghanistan brechen zu können. Das Gegenteil wird der Fall sein. Ich habe auf meiner Afghanistanreise im Februar die Wracks sowjetischer Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge gesehen, die in der Nähe des deutschen Feldlagers in Kunduz liegen. Ich frage mich, ob die Befürworter der Aufrüstung keine Lehren aus der Geschichte ziehen. Nur der Rückzug der Bundeswehr kann den Soldaten Sicherheit bringen.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtverband
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g

Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.04.2010

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 22.04.2010

Gesundheit ist keine Ware oder „Ein Krankenhaus ist keine Würstchenbude“

Pressstatement der stellvertretenden Parteivorsitzenden Halina Wawzyniak zum heutigen Weltgesundheitsstag und anlässlich der Präsentation eines Plakates zur Gesundheitskampagne der Partei DIE LINKE im Berliner Karl-Liebknecht-Haus:

Am heutigen Weltgesundheitsstag will ich auf eine am 27. Februar 2010 vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE beschlossene und mit 70.000 Euro finanzierte Kampagne zur Gesundheitspolitik aufmerksam machen. Diese Kampagne werden wir unmittelbar nach dem Parteitag am 15./16. Mai in Rostock starten - und zwar mit dem Claim „Gesundheit ist keine Ware“ oder wie andere schon seit Jahren sagen: „Ein Krankenhaus ist keine Würstchenbude“.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel einer Kopfpauschale festgelegt. Innerhalb der Koalition ist der Weg umstritten, nicht aber das Ziel. Die Bundesregierung will das von Bismarck eingeführte paritätisch auf Beitragsbasis finanzierte Gesundheitssystem abschaffen. Nachdem die Schröder-Regierung für den Arbeitsmarkt Hartz I-IV eingeführt hat, will die Bundesregierung im Rahmen der Gesundheitsreform Rösler I-V einführen. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Patienten/innen-Organisationen aber auch anderen Parteien verfolgen wir daher drei Ziele:

- * Einführung der Kopfpauschale verhindern
- * Eine Solidarische Bürger/innen-Versicherung als Alternative ge-

sellschaftlich verankern

- * Verbesserung der gesundheitlichen Vor- und Versorgung als öffentliches Gut erreichen
- Für DIE LINKE bleibt es dabei: Gesundheit ist keine Ware!

Dies ist die zentrale Aussage der LINKEN. Gesundheit muss allen zugänglich sein und darf nicht als Wachstumsmarkt der Zukunft orientiert an ökonomischen Bedürfnissen verstanden werden.

Quasi zeitgleich mit der Einsetzung der Regierungskommission zur Kopfpauschale hat unsere Bundestagsfraktion am 26. März 2010 die gesellschaftspolitische Alternative als Antrag eingebracht. Wir fordern die Einführung einer Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege (BT-Drs. 17/1238) eingebracht. Diese solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung soll:

- * Für alle Menschen eine umfassende, zahlungsfreie Gesundheitsversorgung gewährleisten
- * Einen eigenständigen Kranken- und Pflegeversicherungsanspruch für jeden Menschen gewährleisten
- * Alle Menschen einbeziehen und die Pflichtversicherungsgrenze abschaffen
- * Alle Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Arbeit ebenso einbeziehen wie andere Einkommensarten zum Beispiel Kapital-, Miet- oder Pachterträge
- * Perspektivisch die Beitragsbemessungsgrenze abschaffen und zunächst auf die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen

Rentenversicherung West anheben

- * Die Parität der Versicherung wiederherstellen, d.h. Praxisgebühr und andere Zuzahlungen abschaffen
- * Einen einheitlichen Beitragssatz für alle Krankenkassen sicherstellen

- * Die Rolle der Privaten Kranken- und Pflegeversicherungen auf Zusatzleistungen beschränken

Auch wenn wir uns in ein breites Bündnis für eine andere, solidarische Gesundheitspolitik einbringen wollen, werden wir unsere eigenen Positionen deutlich machen. Wir wollen selbstverständlich damit auch Menschen motivieren, in unserer Partei mitzumachen. Denn eine Kampagne lebt von Menschen und der Unterstützung von Menschen. Gleiches trifft auf eine Partei zu, die im Wesentlichen ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden natürlicher Personen erzielt und nicht von Pharmaindustrie oder anderen Wirtschaftsverbänden mit Spenden unterstützt wird. Und wir wollen Mitstreiter/innen gewinnen, damit wir unsere Konzepte für eine solidarische Bürger/innen-Versicherung noch kompetenter diskutieren und mit weiterem Sachverstand schärfen können. Wir sind der Überzeugung, dass es im Bündnis mit vielen anderen gesellschaftlichen Kräften tatsächlich gelingen kann die Einführung der Kopfpauschale zu verhindern, die gesundheitliche Vorsorge und Versorgung zu verbessern und das Reformprojekt solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung auf den Weg zu bringen.